

Adel im 19. und 20. Jahrhundert, Teil II (= 41. Tagung „Büdingen Forschungen zur Sozialgeschichte“)

Veranstalter: Prof. Dr. Markus A. Denzel (Leipzig) in Zusammenarbeit mit der Ranke-Gesellschaft, Vereinigung für Geschichte im öffentlichen Leben e.V. und dem Institut für personengeschichtliche Forschung (Bensheim)

Datum, Ort: 10.04.2003-12.04.2003, Büdingen

Bericht von: Danny Weber, Universität Leipzig

Die 40. und 41. Büdingen Gespräche 2002 und 2003 beschäftigten sich mit der Geschichte des Adels im 19. und 20. Jahrhundert. Im zweiten Teil der Büdingen Gespräche 2003 konzentrierten sich die Beiträge im Wesentlichen auf die Situation des Adels im 20. Jahrhundert. Besondere Beachtung fand dabei die Frage nach dem gesellschaftlichen Niedergang oder dem „Obenbleiben“ von Adligen im Rahmen sich verändernder politischer, wirtschaftlicher und sozialer Verhältnisse.

Im einleitenden Grundsatzreferat entwickelte *Prof. Dr. Eckart Conze (Marburg)* fünf große Fragestellungen bzw. Frageperspektiven, mittels derer die Adelsgeschichte des 20. Jahrhunderts greifbar gemacht werden könnte: 1. die Beschäftigung mit den Prozessen binnenadliger Homogenisierungen (Adelsgeschichte als Erfahrungsgeschichte), 2. die Frage nach der Bedeutung des Wortes Adeligkeit (Habitus, Werte, Standesbewusstsein), 3. die Beziehung zwischen Adel und Elitenbildung im 20. Jahrhundert, 4. Adel als identitätsbildendes Referenzsystem und 5. die Frage nach Niedergang oder „Obenbleiben“ des Adels im 20. Jahrhundert. Er widersprach den vielfach einseitig geäußerten Betrachtungsweisen, in denen Adelsgeschichte des 20. Jahrhunderts lediglich als Geschichte des Untergangs und mit der zeitlichen Begrenzung bis zu den Jahren 1918 bzw. 1945 betrieben werden könne. Vielmehr plädierte er dafür, adelshistorische Untersuchungen über die Zäsuren von 1918 und 1945 hinauszuführen, um so das Erkenntnispotential allgemeiner soziopolitischer, sozioökonomischer und soziokultureller Wandlungsprozesse im 20. Jahrhundert besser darstellen zu können.

Dr. Matthias Stickler (Würzburg) referierte über Strategien des „Obenbleibens“ ehemals regierender Häuser nach 1918 am Beispiel des Hauses Habsburg. Ausgangspunkt war die durch Heinz Reif postulierte These, dass durch die Absetzung der regierenden Dynastien in Mitteleuropa als Konsequenz des Ersten Weltkrieges der Hochadel

wieder einheitlicher geworden sei, da der Unterschied zwischen regierenden Häusern und Standesherrn nivelliert wurde. Stickler betrachtete hierbei zunächst die Phase zwischen 1918 und 1945 und gab einschränkend zu Bedenken, dass der Prozess der Nivellierung erst nach 1945 zu einem bestimmten Abschluss gekommen sei und für den Zeitraum zwischen 1918 und 1945 lediglich auf staatsrechtlicher Ebene Angleichungen festgestellt werden können. Bei der anschließenden Darstellung der Entwicklung des Hauses Habsburg spannte Stickler den zeitlichen Bogen von den gescheiterten Restaurationsplänen Kaiser Karls zu Beginn der zwanziger Jahre über die im amerikanischen Exil durch Otto von Habsburg entwickelten Pläne zur Errichtung einer antikommunistischen Donauföderation als Teil eines Vereinten Europas bis zum offiziellen Verzicht auf die Thronrechte im Jahre 1961. Weiterhin stellte Stickler die nach 1918 zunehmend hervortretenden zentrifugalen Tendenzen innerhalb Dynastie dar.

Frau Dr. Karina Urbach (Bayreuth) stellte in ihrem Vortrag anhand von ausgewählten Biographien die unterschiedlichen Behauptungsstrategien von bayrischen Standesherrn

in den klassischen Machtzentren des Adels vor. Hierzu betrachtete sie in vergleichender Weise die Bildungswege dreier Adliger, die sich jeweils schwerpunktmäßig in den Bereichen Diplomatie, Hof und Kirche engagierten, die hierbei angewandten „Taktiken“ und die dabei erzielten Erfolge. Darüber hinaus thematisierte sie die Brüche in den Karrieren nach 1918, die Versuche auch im Weimarer System politisch aktiv zu werden und die Einstellungen zum aufstrebenden Nationalsozialismus.

Nach dem Ende des planmäßigen Tagungsprogramms des ersten Tages nutzte *Prof. Dr. Günther Schulz (Bonn)* den Rahmen des Empfangs durch S.D. Fürst und Fürstin zu Ysenburg und Büdingen, um einen Rückblick auf die Jahre zu geben, in denen er die Büdingen Gespräche geleitet hatte und übergab damit offiziell die Tagungsleitung an *Prof. Dr. Markus A. Denzel (Leipzig)*. Dieser wiederum dankte seinem Vorgänger für dessen geleistete Arbeit und gab einen kurzen Einblick in die künftigen Arbeiten und Themenkomplexe.

Der zweite Tagungstag wurde mit dem Vortrag von *Prof. Dr. Hannes Stekl (Wien)* zum Thema Österreichs Adel im 20. Jahrhundert eröffnet. Stekl stellte zunächst die Faktoren dar, welche für die gesellschaftliche Positionierung des österrei-

chischen Adels von besonderer Bedeutung waren: der Zusammenbruch der Monarchie und die Ausrufung der Republik, das Gesetz zur Aufhebung der Adels von 1919, die Entstehung von neuen Staatengebilden auf dem Territorium des ehemaligen Habsburgerreiches, die Bodenreformpolitik, die Formierung politischer Lager und die Krise der Demokratie bis hin zur Schaffung des autoritären Ständestaates 1934, der Aufstieg des Nationalsozialismus und der „Anschluss“ 1938, die Gründung der Zweiten Republik Österreich 1945 sowie die Entstehung kommunistischer Staaten in Zentraleuropa und ihre rigiden Enteignungsgesetze. Er führte weiterhin aus, dass der österreichische Adel auf verschiedenen Ebenen mehr oder weniger wirksame Strategien zum „Obenbleiben“ entwickelte. Weiterhin war die Periode zwischen 1918 und 1945 durch gesellschaftliche Selbstorganisation (Vereinigung katholischer Edelleute in Österreich) und Neuorientierung, sowie teilweise durch politische Aktivität (vorwiegend im Reichsbund der Österreicher) mit dem Ziel der Pflege von legitimistischem Gedankengut gekennzeichnet. Die überwiegende Mehrheit des österreichischen Adels stand dem Nationalsozialismus ablehnend gegenüber und emigrierte bzw. war der Verfolgung ausgesetzt (nur gelegentliche Begeisterung für den NS-Staat waren feststellbar). Nach 1945 ist allgemein eine Abschwächung des Legitimus konstaterbar sowie eine Abnahme der politischen Ambitionen. Abschließend verwies Stekl auf die Bemühungen des Adels sich sowohl in den alten (Besitzverwaltung) als auch in neuen (Privatwirtschaft, u.a. Bankensektor) Berufsfeldern zu bewähren.

Dr. Konstantinos Raptis (Athen) beschäftigte sich in seinem Beitrag ebenfalls mit der Situation des österreichischen Adels. Allerdings lag der Fokus seiner Ausführungen auf der Entwicklung einer hochadeligen Familie und zwar der Familie Harrach im Ersten Weltkrieg. Auch in diesem Beitrag stand die Frage des Niedergangs oder „Obenbleibens“ im Zentrum der Erörterungen. Gleich zu Beginn kennzeichnete Raptis die nach wie vor unzureichende Forschungssituation im Hinblick auf die Entwicklung des österreichischen Adels und hier besonders die Entwicklung nach 1918. Die Grundargumentation seiner Ausführungen entwickelte Raptis anhand der Fragestellung nach den Grenzen zwischen Machtverlust, Einkommens- bzw. Vermögenseinbuße erzwungener Anpassung einerseits und politischen Reaktionen, Selbstbehauptung,

Kontinuitäten in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht andererseits. Mit Blick auf die Entwicklung der Familie Harrach konnte er konstatieren, dass sich aufgrund der sorgfältigen Wirtschaftsführung des Familienchefs, Graf Otto Harrach, eine gewisse finanzielle Stabilität mindestens während der Jahre 1914 bis 1922 feststellen lässt (rund 92% des Gesamtvermögens konnten bis 1922 quantitativ unverändert erhalten werden) u.a. auf die regional und qualitativ differenzierte Vermögensstruktur bzw. die Vielfalt der Einkommensquellen der Familie sowie auf die Größe der sich unter dem Schutz des Fideikommisses befindenden Herrschaften zurückzuführen. Darüber hinaus konnte der Familienchef auch bis 1922 als ein politisch äußerst aktiver Vertreter des Hochadels beschrieben werden.

Den Abendvortrag zum Thema: Fürstenabfindung oder Fürsteneignung? Der Kampf um das Hausvermögen der ehemaligen regierenden Fürstenhäuser im Jahre 1926 und die Innenpolitik der Weimarer Republik wurde durch *Prof. em. Dr. Karl Heinrich Kaufhold (Göttingen)* gehalten. Im Zentrum der zu erörternden Vorgänge stand dabei der Problemkreis, dass beim schnellen Übergang der Monarchie zur Republik im Herbst 1918 die Frage ungeklärt geblieben war, was mit dem Hausvermögen der ehemals regierenden Fürstenhäuser geschehen solle. Kaufhold wies nachdrücklich darauf hin, dass in der konfliktreichen Geschichte der Weimarer Republik die Auseinandersetzung über die Fürstenenteignung nur ein Konflikt unter vielen war. Angesichts der dabei tangierten grundsätzlichen Fragen könne der Vorgang dennoch als symptomatisch für die Strukturen und Probleme Weimars angesehen werden. Im Kern standen dabei die Diskussionen um die Volksgesetzgebung, die Kollision der Forderung nach entschädigungsloser Enteignung mit der durch die Reichsverfassung Art. 153 gesicherten Eigentumsgarantie und die sich damit verbindende Frage nach der Rechtsstaatlichkeit der Weimarer Republik, die parteipolitischen Konstellationen und deren Problematik sowie das Ansehen der ehemals regierenden Häuser allgemein. Trotz des Scheiterns des Volksentscheides, weist immerhin die beachtliche Beteiligung darauf hin, dass die Stellung zumindest des hohen Adels in den 1920er Jahren in weiten Kreisen der Bevölkerung nicht mehr unumstritten war.

Der abschließende dritte Tag der Tagung wurde durch den Vortrag von *Prof. Dr. Dieter Weiß (Bayreuth)* eröffnet. Weiß befasste sich in sei-

nen Ausführungen mit der Rolle des Kronprinzen Rupprecht von Bayern als Thronprätendent im Freistaat Bayern der Weimarer Zeit. Zunächst schilderte er dabei die Umstände, welche sich für Rupprecht unmittelbar nach der Revolution von 1918 ergaben: Rupprecht verlor seine berufliche Stellung, seine Wohnung, sein Eigentum und musste auch seine Verlobung lösen. In den weiterführenden Erörterungen untersuchte Weiß die Etablierung Rupprechts in dreifacher Hinsicht: nach seiner politischen Haltung (Denkschriften und Verhalten), nach den wirtschaftlichen Verhältnissen (1923 Einrichtung des Wittelsbacher Ausgleichsfonds) und nach dem Fortleben oder der Restauration monarchischer Institutionen und Formen. Dabei verwies Weiß darauf, dass Rupprecht durch den Aufbau einer Hofhaltung an mehreren Wohnsitzen und der Übernahme repräsentativer Verpflichtungen in der Zwischenkriegszeit in die Rolle eines Repräsentanten Bayerns hineinwuchs, ohne eine offizielle Aufgabe wahrzunehmen. Dadurch wurde er für weite Kreise der Bevölkerung zu einer Identifikationsfigur. Er signalisierte mehrfach seine Bereitschaft zur Übernahme der politischen Verantwortung in Bayern, doch scheiterten letztlich alle Restaurationsbemühungen.

Dem Aufstieg und Untergang der Fürsten Löwenstein, welche lange Zeit an der Spitze der deutschen Katholikentage gestanden hatten, widmete sich in ihrem Vortrag Frau Dr. Marie-Emmanuelle Reytier (Lyon). Ins Zentrum ihrer Betrachtung stellte sie dabei, wie drei Generationen der Familie Löwenstein in der Ausübung ihrer Funktionen an der Spitze der Katholikentage einen Ausgleich für den Verlust ihres politischen Einflusses als Erbe eines dynastischen Fürstentums fanden. Der zeitliche Rahmen erstreckte sich hierbei von der Gründung des Zentralkomitees der katholischen Vereine Deutschlands im Jahre 1868, das die Organisation der Katholikentage zentralisieren sollte, bis zum Rücktritt von Karl zu Löwenstein (1904-1990) vom Amt des Präsidenten des Zentralkomitees der deutschen Katholiken im Jahr 1969. Besondere Bedeutung fand das Verhältnis des katholischen Adels zur religiösen, kulturellen, sozialen und politischen Moderne. Dabei relativierte Reytier, mit Blick auf die Familie Löwenstein, die Grundidee von der rigiden Ablehnung der „Modernität“ durch den katholischen Adel. Während der erste Vertreter der Familie Löwenstein, Karl Heinrich zu Löwenstein (1834-1921), sich noch weitgehend als Rigorist präsentierte und jegliche Zu-

geständnis an den Zeitgeist ablehnte, agierten sein Sohn, Alois zu Löwenstein (1871-1952), bzw. sein Enkel, Karl zu Löwenstein (1904-1990), pragmatisch bis opportunistisch und konnten dadurch erfolgreich Kontinuität und Stabilität an der Spitze der Katholikentage verkörpern.

Im abschließenden Vortrag präsentierte Dr. Christoph Franke (Marburg) erste Untersuchungsergebnisse zum Thema: Soziale Strukturen des bayerischen und sächsischen Adels im 19. und 20. Jahrhundert. Mittels einer quantifizierenden und vergleichenden Methodik wertete er biografische Informationen zu fünf sächsischen Familien und drei bayerischen Familien in den Geburtsjahrgängen zwischen 1761 und 1970 aus. Ausgehend von der Tatsache, dass der Grundbesitz als ökonomische und politische Basis des Adels immer mehr zur Randerscheinung wurde, legte Franke den Untersuchungsschwerpunkt auf Ausbildung und Qualifikation, Berufsentwicklung und sozialen Stellung sowie Ehepartnerwahl. Dabei lässt sich feststellen, dass am ehesten die erstgeborenen Söhne sich an „adeligen“ Verhaltensweisen bei der Wahl des Berufes und des Ehepartners orientierten. Eine Annäherung an moderne Berufe in Industrie, Handel, Technik und Dienstleistung lässt sich nur zögernd erkennen, da der Adel an traditionellen Berufen im Militär und teilweise in der Verwaltung festhielt. Somit kann man, auf der Grundlage der vorgetragenen Analyse, mit Blick auf das 20. Jahrhundert nur noch in Teilbereichen vom Adel als einer Funktionselite sprechen.

Mit diesem letzten Beitrag wurden die Büdingen Gespräche zum Thema: Adel im 19. und 20. Jahrhundert beendet. Die Veröffentlichung der Tagungsbeiträge der 40. und 41. Büdingen Gespräche ist im Scripta Mercaturae Verlag, St. Katherinen, für das Jahr 2003 vorgesehen. In den beiden nächsten Jahren sollen besonders die deutschen Eliten in Übersee im Zentrum der Erörterungen stehen. Der dafür vorgesehene Termin ist der 1. - 3. April 2004.

Tagungsbericht *Adel im 19. und 20. Jahrhundert, Teil II (= 41. Tagung „Büdingen Forschungen zur Sozialgeschichte“)*. 10.04.2003-12.04.2003, Büdingen. In: H-Soz-u-Kult 07.05.2003.